

Bernd Kronenberg

im Mai 2012

Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Waldbröl

Haushaltsrede zur Ratssitzung am 09.05.2012

(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Bürgermeister,
sehr geehrten Damen und Herren!

Der Haushalt der Stadt Waldbröl hat eine dramatische Entwicklung hinter sich – unser Schuldenberg ist auf 50 Mio. € angewachsen – und er wird weiter wachsen.

Die SPD-Fraktion hat diese Entwicklung seit mehr als 10 Jahren kritisiert und immer wieder Vorschläge gemacht, Konzepte entwickelt und konkrete Anträge gestellt, durch die die Haushaltssituation verbessert und die Stadtentwicklung aktiv voran gebracht worden wären.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an unsere Anträge aus den Jahren 1999 – 2003 zu einem geordneten Verfahren, den Abriss des Merkur-Hauses voranzutreiben, zur Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft, zur Gründung von Stadtwerken und zur Entwicklung eines modernen Gebäudemanagements.

Wir haben dabei immer darauf gedrängt, den vielfältigen und erfolgreichen Beispielen anderer Kommunen zu folgen und neben der Reduzierung der Kosten auch die Einnahmen der Stadt zu steigern.

Dies haben wir aus der Erkenntnis heraus getan, dass sich die Situation unserer Stadt nur dann verbessern kann, wenn wir einen Dreiklang hinbekommen:

1. Die Ausgaben senken,
2. die Einnahmen steigern und
3. die Verwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen umbauen, das neben der Leistungsverwaltung einen betriebswirtschaftlichen Bereich erhält.

Wenn dabei unsere Stadtwerke, eine noch zu gründende Stadtentwicklungsgesellschaft und ein modernes Gebäudemanagement erfolgreich arbeiten und deutliche Mehreinnahmen erzielen, dann hat das einen entscheidenden

Vorteil für uns alle – wir können diese Einnahmen zur Reduzierung unserer Schulden einsetzen – und das gibt uns die Möglichkeit, die Steuern weniger stark ansteigen zu lassen.

Hätten wir diesen Weg ab 1999, als Christoph Waffenschmidt Bürgermeister wurde, eingeschlagen, wäre unser Schuldenberg heute deutlich geringer. 1999 hatten wir lächerliche 1,9 Mio. € an Liquiditätskrediten – bis heute sind daraus 36 Mio. € geworden.

Leider haben wir bis heute weder eine Stadtentwicklungsgesellschaft noch ein Gebäudemanagement mit einem zukunftsfähigen Konzept. Entsprechende Anträge der SPD-Fraktion wurden in den vergangenen Jahren immer wieder von der CDU-Mehrheit abgelehnt oder mit Sperrvermerken auf die lange Bank geschoben.

Deshalb haben wir immer gegen die Haushalte gestimmt. Wir wollten das einfache „Weiter so“ nicht mittragen. Leider haben wir mit unseren Prognosen Recht behalten und sehen heute, wohin uns diese CDU-Politik gebracht hat.

Wenn Sie jetzt sagen, dass das doch alles vom Land und vom Bund verursacht worden ist, sage ich Ihnen: „Das stimmt einfach nicht!“

Natürlich könnte die Finanzausstattung der Kommunen besser sein. Aber dieser Rat trägt ein gerüttelt Maß an Schuld mit, wenn wir uns die Höhe des Schuldenberges anschauen.

Wenn Sie jetzt wieder sagen: „Das stimmt nicht!“ Dann sage ich: „Es stimmt doch! Hier nur einige Beispiele, die das eindeutig belegen:

- Hätten wir unsere Stadtwerke vor 10 Jahren gegründet, hätten wir über den gesamten Zeitraum hinweg in vielen Bereichen die Mehrwertsteuer einsparen können.

Eines der Beispiele, bei dem das ganz besonders deutlich wird, ist die energetische Sanierung des Schulzentrums. Bei einem Investitionsvolumen

von ca. 10 Mio. € hätten wir ca. 2 Mio. € durch die Verrechnung der Mehrwertsteuer eingespart.

- Alle anderen Kosten der Unterhaltung, des Sanierungsaufwandes und der Versorgung der städtischen Gebäude wären auf betriebswirtschaftlicher Basis ebenfalls um 19 % günstiger geworden.

Addieren Sie doch mal Spaßes halber die dafür **angefallenen** Kosten in den letzten 10 Jahren. Und dann nehmen Sie davon ein Fünftel. Das macht mal eben wieder einige Mio. €, die wir in dieser Zeit unnötig ausgegeben und unseren Schuldenberg haben weiter anwachsen lassen.

- Dann haben Sie im völligen Verkennen der Rechtslage eine halbe Million € für den Kauf der Trasse der Wiehltalbahn zum Fenster hinaus geworfen. Auch dieses Geld hat unseren Schuldenberg unnötig ansteigen lassen.

Und so reihen sich die lokal unnötig verursachten Kosten und die uns entgangenen Einsparungen und Einnahmen aus Ihrer Blockadepolitik und Fehlentscheidungen des letzten Jahrzehnts wie Perlen an einer Schnur auf.

- Und es hat den Anschein, dass Sie unmissverständlich deutlich machen wollen, dass sie diesen Schuldenkurs weiter fahren wollen, haben Sie doch ganz aktuell - gegen den Rat des Bauamtes und fachlicher Bedenken von Planungsbüros - die Überdachung des Innenhofes der Realschule beschlossen. Hier wollen Sie wiederum eine halbe Mio. € zum Fenster rauswerfen. Und das, obwohl der aktuelle Schulentwicklungsplan noch nicht vorliegt.

Wenn die Maßnahme tatsächlich noch realisiert werden sollte, dann werden weitere 500.000 € an Schulden entstehen, also insgesamt 1 Mio. €, weil die Maßnahme nicht für die veranschlagte Summe gebaut werden kann.

Gewundert hat uns bei diesem Thema dann doch sehr, dass nach Ihrem Beschluss für die Überdachung Ihr stellv. Fraktionsvorsitzender erklärte, man solle das Gebäude der Realschule aufgeben und die Schule ins Zentrum holen.

Und trotzdem wollen Sie jetzt noch die Überdachung des Pausenhofes?

Wir fragen uns, was das mit verantwortlicher Politik zu tun hat?!?!

- Und dann kommt heute Ihr Antrag, die Beigeordnetenstelle ab 2015 aufzugeben. Eine wirklich sehr späte Erkenntnis. Wenn sie in **2002** unserem Antrag gefolgt wären, hätten wir diese Stelle vor 10 Jahren bereits eingespart. Erst jetzt kommen Sie exakt mit der Argumentation, die die SPD-Fraktion damals hatte. Auch diese, Ihre Entscheidung von damals, hat den Schuldenberg um 1 Mio. € anwachsen lassen, **für die Land und Bund wirklich nichts können.**

Aber damit nicht genug. Herr Steiniger setzt noch einen drauf und erklärt, dass er dann einen persönlichen Referenten für den Bürgermeister zusätzlich einstellen will. Aber auch dazu sagen wir konsequent NEIN!

Das kommt bei unserer Finanzsituation überhaupt nicht in Frage. Denn dieser persönliche Referent, den wir nicht brauchen, kostet auf jeden Fall mehr als die 45.000 € pro Jahr, die Sie den sozialen Trägern wegnehmen wollen.

Eine unsoziale, kalte Entscheidung, die dabei finanzpolitisch noch völlig unsinnig ist.

Und dann kommt jetzt das Land und bietet uns an, am Stärkungspakt Stadtfinanzen teilzunehmen. Das brächte uns eine Entschuldungshilfe in Höhe von 10 Mio. €.

Aber die lehnen CDU und UWG ab, eine Mehrheit, die auch in den vergangenen 15 Jahren bis 2009 für unsere Entwicklung verantwortlich war.

Ihre Erklärung dazu: „Das Land muss viel mehr geben! So wenig nehmen wir nicht!“

Das verwundert, wenn man weiß, dass die schwarz/gelbe Landesregierung in der Zeit von 2005 – 2010 den Kommunen 3 Mia. € vorenthalten und in 2010 einen nicht verfassungsgemäßen Haushalt mit einer Neuverschuldung von **6 Mia. €** aufgestellt hat. Jetzt reduziert die Landesregierung das Defizit auf 3 Mia. € und gibt den Kommunen auch noch eine Entschuldungshilfe.

Und in der von Ihnen mit verursachten Schuldensituation entscheiden Sie sich gegen die Sparansätze der Kämmerin und wollen die Stadt auch in den nächsten Jahren weiter erheblich verschulden.

Wir fragen uns, wie das mit den aktuellen Aussagen der Landes- und Bundes-CDU in Einklang zu bringen ist?

Norbert Röttgen sagt heute: „Verantwortung statt Neuverschuldung!“ und Volker Kauder forderte noch am 17.04.2012 in Wiehl: „Keine Neuverschuldung!“

Die SPD-Fraktion steht zu ihrem Kurs der letzten 10 Jahre. Wir wollen so schnell wie möglich runter von den Schulden.

- Wir wollen nicht auf Kosten unserer Kinder immer mehr Schulden machen.
- Wir wollen nicht warten bis die Banken uns kein Geld mehr geben.
- Wir wollen nicht warten, bis wir kein Geld mehr haben, um die Gehälter der Beschäftigten im Rathaus zu bezahlen.
- Wir wollen, dass die Stadt ihre Kreditwürdigkeit behält und wollen unsere Schulden konsequent abbauen. Nur so kann sich unsere Stadt Waldbröl entwickeln.

Wir nehmen unsere Verantwortung für diese Stadt wahr, indem wir zu den schmerzhaften Einsparungen stehen.

Aber wir stehen auch zu unserer sozialen Verpflichtung. Deshalb wollen wir Sportstätten nicht schließen, sondern wollen ihre weitere Nutzung sicherstellen. Dazu haben wir Anträge gestellt, dies durch Fördermaßnahmen und Beteiligungsmodelle möglich zu machen.

Außerdem haben wir beantragt, die geringen Ansätze für unsere Leistungen an die karitativen Träger, die in Waldbröl mit vereinten Kräften so viel Gutes tun, im Haushalt zu belassen.

Die SPD-Fraktion dankt allen karitativen Einrichtungen für die geleistete Arbeit und wir sprechen den dort Handelnden unseren Respekt und unseren Dank aus.

Machen Sie weiter so – wir werden Sie nach Kräften in Ihrer Arbeit unterstützen.

Aber nun zu den vorgelegten Zahlen zum 10-Jahres-HSK, die im Wesentlichen die Vorgaben der CDU und UWG nach Ablehnung der Teilnahme am Stärkungspakt ausdrücken.

Hiernach tritt der Eigenkapitalverbrauch im Haushaltsjahr 2019 ein, das voraussichtlich mit einem Defizit von 3,9 Mio. € enden wird. Ich wage hier jedoch die Prognose, dass durch Mehrausgaben in Vorjahren –nach aller Erfahrung bei der CDU sicher zu erwarten- ein Eigenkapitalverbrauch bereits 2018 oder früher eintreten wird.

Spätestens dann sind wir überschuldet und nicht mehr kreditwürdig.

Wäre man in der interfraktionellen Sparkommission unseren Vorschlägen gefolgt, dann wäre in 2019 noch ein Eigenkapital von 7,4 Mio. € vorhanden. Das ist eine positive Bilanzdifferenz gegenüber dem vorgelegten 10-Jahres-HSK von ca. 11,3 Mio. €.

Hätten wir jetzt auch noch, wie von uns vorgeschlagen und favorisiert, am Stärkungspakt Stadtfinanzen teilgenommen, dann wäre Ende 2019 sogar mit einem Eigenkapital von 16,8 Mio. € zu rechnen gewesen, also eine positive Bilanzdifferenz gegenüber dem jetzt vorgelegten 10-Jahres-HSK von ca. 20,7 Mio. €.

Ein Eigenkapitalverzehr würde nicht eintreten und wir blieben handlungs- und vor allem kreditwürdig!

Je früher der Eigenkapitalverzehr eintritt, umso wahrscheinlicher ist es, dass die Stadt keine weiteren Kredite mehr bekommt – **der Supergau**, denn dann löffeln die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt die Suppe aus und müssen mit ihrem Geld für die Ausfälle gerade stehen.

Dies wollen wir verhindern. Denn wir wollen auf keinen Fall griechische Verhältnisse.

Wir wollen uns als verlässlichen Partner der gemeinsamen Sparkonzepte von Kommunen, Land und Bund an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beteiligen und nicht nur auf die vorhandenen Defizite hinweisen bzw. diese bejammern.

Wir wollen nicht nur Forderungen an Andere stellen – wir wollen uns insbesondere selbst fordern und gute Arbeit vor Ort leisten.

Deshalb haben wir uns für den konsequenten Sparkurs entschieden, der letztlich der bessere Weg ist und eine ziemlich sicher zu erwartende kommende Katastrophe verhindert, die eintreten wird, wenn dieser Haushalt, so wie vorgelegt, verabschiedet werden sollte.

Leider sieht eine Mehrheit aus CDU und UWG dies anders.

Die SPD-Fraktion lehnt den Haushalt ab.

Dem Stellenplan stimmen wir unter der Prämisse zu, dass sich die Verwaltungsstruktur in Zukunft verändert, so dass betriebswirtschaftliche Betätigungen in erforderlichem Rahmen möglich werden.

Eine Prophezeiung möchte ich fürs Protokoll an dieser Stelle nicht versäumen, auszusprechen:

Sollte die zu erwartende Finanzkatastrophe eintreten, werden Sie meine Damen und Herren von CDU und UWG –wenn Sie dann noch im Rat vertreten sein sollten- als Erste erklären, dass Sie dafür natürlich überhaupt nichts konnten und insofern keine Verantwortung zu übernehmen haben!“

Ich danke Ihnen für Ihr geduldiges Zuhören.